

die Folgen sind, wenn die herrschenden Klassen nicht mit dem Volke fühlen und denken, sondern es mit den Machtmitteln des Staates unterdrücken wollen, so erkennen wir die außerordentliche Gefahr für die Entwicklung Preußens. Aber das Volk wird sich trotz dieser Erkenntnis nicht eine Minute in seinem Weg beirren lassen. Was die Resolutionen betrifft, so halte ich nach wie vor die der Parteileitung für ausreichend. Der Parteitag hat ja nicht die Aufgabe und will sie auch nicht haben, der preussischen Landesorganisation irgendwelche Vorschriften in bezug auf die Führung des Wahlrechtskampfes zu machen. Glauben Sie, daß die Resolution der Parteileitung nicht genügt, dann fügen Sie ihr den ersten Satz der Resolution Augensburg hinzu. Parteigenossen! Ich habe das feste Vertrauen, daß diese Wahlrechtsdebatte weit hinauslingt in das ganze Land und unseren Genossen und allen denen, die mit uns in der Frage sympathisieren, ein Zeugnis gibt, mit welchem Ernst das Volk und seine offizielle Vertretung, der deutsche Parteitag, der Wahlrechtsfrage gegenübersteht. (Lebhafter Beifall.)

Vor der Abstimmung erklärt

Maria Petzin: Im Namen der Unterzeichner der Resolution 100 habe ich zu erklären, daß sie den zweiten Absatz zurückziehen, weil sie der Ansicht sind, daß durch die Annahme des ersten Absatzes in Verbindung mit der vorausgegangen Diskussion das Ziel erreicht ist, was sie im gegenwärtigen Augenblick ins Auge gefaßt hatten.

Hierauf wird die Resolution 91 in Verbindung mit dem ersten Satz der Resolution 100 angenommen.

Der Antrag 86 wird einstimmig angenommen, der Antrag 101 wird abgelehnt.

Es folgt

#### Die Genossenschaftsfrage.

Referent Fleißner-Dresden: Der Umstand, daß der Internationale Kongreß in Kopenhagen sich mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt, und in einer ziemlich ausführlichen Resolution die Stellung zu den Konsumvereinen festgelegt hat, soweit das ein internationaler Kongreß überhaupt tun kann, überhebt mich der Aufgabe, die Frage so eingehend zu behandeln, wie ich es sonst für notwendig gehalten hätte. Die Resolution von Kopenhagen deckt sich in der Hauptsache ja auch mit deutschen Verhältnissen, und nur in einem einzigen Punkte ist es notwendig, speziell von deutschen Verhältnissen aus das ganze Thema zu beleuchten. Der Kongreß in Kopenhagen hat mit Recht festgestellt, daß es sich bei der Erörterung des Verhältnisses zu den Wirtschaftsgenossenschaften vornehmlich nur um die Konsumvereine handeln kann. Ich halte es auch für überflüssig, näher darauf einzugehen, wie im einzelnen die Konsumvereine gegenüber der allgemeinen modernen Arbeiterbewegung wirken können. Die Befürchtungen leitender Konsumvereinskreise, der Internationale Kongreß würde sich mehr als nötig in die inneren Verhältnisse der Konsumvereine einmischen, waren unbegründet. Sie werden auch dem Parteitage gegenüber unbegründet sein.

Die Kopenhagener Resolution stellt fest, erstens die Nützlichkeit der Konsumvereine in materieller, sozialer und politischer Beziehung für die allgemeine Arbeiterbewegung, und zweitens, daß die Konsumvereine nur dann einen wesentlichen Wert für die allgemeine Arbeiterbewegung haben, wenn sie mit sozialem und sozialistischem Geist erfüllt werden. Das ist die wichtigste Feststellung der Resolution. Sie sagt weiter, daß wir infolgedessen innigere Beziehungen zwischen Partei, Genossenschaft und Gewerkschaft herbeiführen müssen. Die Genossenschaften sollen in diesem Sinne eine wirksame Waffe

im Klassenkampfe des Proletariats sein, ohne daß man die Anschauung aufkommen lassen darf, daß sie allein etwa jemals instande wären, die Arbeiter aus dem kapitalistischen Joch zu befreien. Andere Punkte, namentlich den, ob die Genossenschaften politisch sein, ob sie Teile der politischen Partei oder ob sie politisch unabhängig sein sollen, überläßt die Resolution der Entscheidung der genossenschaftlichen Organisationen in den einzelnen Ländern.

Es kämen ja für die Beurteilung des Verhältnisses zwischen Partei und Wirtschaftsgenossenschaften auch noch andere Arten von Genossenschaften in Betracht: Produktivgenossenschaften, Waagenossenschaften und Wohnungsgenossenschaften. Aber nach den Genossenschaftstendenz der neueren Zeit sind alle diese Genossenschaftsarten besser nicht mehr als selbständige Genossenschaften zu behandeln, sondern sie haben aufzugehen in die Konsumvereine, wo sie schließlich als Abteilungen oder Zweige in der gewöhnlichsten Weise zu wirken geeignet sind. — Ich möchte trotzdem mit einigen Worten auf die Bedeutung der Produktivgenossenschaften hinweisen, soweit die Partei oder einzelne Führer oder Theoretiker sie in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen haben. Es ist durchaus falsch, wenn behauptet wird, daß die sozialdemokratische Partei sich niemals um die Genossenschaften gekümmert, daß sie niemals auch nur den Versuch gemacht habe, die Wirtschaftsgenossenschaften für die Arbeiterbewegung nutzbar zu machen. Marx und Lassalle haben speziell den Produktivgenossenschaften eine nicht unwesentliche Rolle in der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung zugeordnet; sie haben ihr Hauptaugenmerk allerdings auf die Produktivgenossenschaften gerichtet; die Konsumvereine schieben fast völlig aus dem Kreis ihrer Betrachtungen aus, und soweit sie erwähnt und behandelt wurden, stellte man sich ihnen ablehnend gegenüber, weil Marx und Lassalle der Meinung waren, daß auch die Wirtschaftsgenossenschaften Mittel zur Veränderung der Produktionsverhältnisse sein könnten. Daraus ergab sich ganz von selbst, daß in diesem Sinne Konsumgenossenschaften nicht in Frage kommen können. Marx hat an mehreren Stellen im „Kapital“ darauf hingewiesen, daß die Produktivgenossenschaften mit Erziehungskräfte zur Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sein können und sein sollen. So spricht er im dritten Bande davon, daß die Ausbeutung der Arbeiter durch die Händler eine sekundäre sei, die neben der ursprünglichen im Produktionsprozeß unmittelbar vor sich gehenden herlaufe, daß also infolgedessen Konsumvereine und alle Organisationen, die sich auf den Handel beziehen, nicht in Betracht kommen können für die moderne Arbeiterbewegung. Ganz ähnlich hat sich Lassalle im „Offener Antwortschreiben“ geäußert. Er hat ausgeführt, daß es falsch sei, den Arbeitern als Konsumenten helfen zu wollen; man müsse ihnen von der Seite helfen, wo sie der Schuß drückt, als Produzenten. Er hat ferner, stützend auf seiner bekannten Theorie vom ehernem Lohngesetz, ausgeführt, daß die Tatsache, daß Konsumvereinigungen den Warenpreis niederdrücken, dazu führen müsse, daß mit der Zeit auch der Lohn entsprechend fällt. Sie alle wissen, daß diese Theorie von der Sozialdemokratie längst aufgegeben ist. In der Resolution des Genfer Kongresses der Internationale von 1866 war u. a. gesagt:

„Wir empfehlen den Arbeitern, sich eher auf Produktivgenossenschaften, als auf Konsumgenossenschaften einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an.“

Auf einem ähnlichen Standpunkt stand auch der bekannte liberale Politiker Schulze-Delitzsch, der heute sehr häufig als Vater des deutschen Genossenschaftswesens bezeichnet wird. Er hielt die Produktivgenossenschaften sogar für den Schlüsselstein des ganzen Genossenschaftsgebäudes. Er kam dazu freilich

auf Grund einer Auffassung, die der von Marx und Lassalle direkt entgegengesetzt stand. Schulze und seine Freunde wendeten im Grunde genommen der Meinung, daß die Genossenschaften nur Selbstzweck zu sein hätten; sie erblickten in der Genossenschaftsbewegung ein Mittel zur Festigung der bürgerlichen Gesellschaft, und auch heute besteht in bürgerlichen Kreisen noch ein solches Auffassung. Die Sozialdemokratie dagegen betrachtet, wie der Kopenhagener Kongreß wieder bewiesen hat, die Genossenschaften vornehmlich mit als Mittel zur Befestigung der herrschenden Gesellschaftsordnung, indem die Genossenschaften sowie andere Organisationsformen mit dazu beitragen, die Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade in ihren Kämpfen zu unterstützen. Nach der Richtung hin sind die Verhältnisse heute nur insofern anders geworden, als wir nicht mehr die Produktivgenossenschaften als den Faktor ansehen können, der diese Funktion zu verrichten hat, sondern die Konsumvereine.

Ich halte es nicht für nötig, näher darauf einzugehen, warum das so ist, warum die Produktivgenossenschaften heute im wesentlichen aussterben. Die Praxis hat ergeben, daß die Produktivgenossenschaften nicht die Rolle spielen können, die ihnen damals zugedacht wurde, ganz abgesehen davon, daß inzwischen ja auch in theoretischer Beziehung ein nicht unwesentlicher Umschwung der Anschauung eingetreten ist.

Die Genossenschaftsfrage ist bisher selbständig auf einem deutschen Parteitage überhaupt noch nicht behandelt worden. Das erstemal nahm der Berliner Parteitag im Jahre 1892 dazu Stellung, aber damals kamen lediglich die Produktivgenossenschaften in Frage. Allerdings hatten im Jahre 1892 die Konsumvereine auch nicht entfernt die Bedeutung, den Umfang und den Einfluß wie heute.

Der Zentralverein Deutscher Konsumvereine zählte Ende 1909 150 Vereine. 1892 haben von diesen Vereinen erst 199 bestanden; auch der Parteitag in Hannover 1899 hat sich mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt und zwar im Rahmen der großen taktischen Debatten, die wir damals hatten. Auch damals noch gab es recht eigenartige Anschauungen über die Bedeutung der Genossenschaft. Von bekannten einflussreichen Parteigenossen wurde gesagt, daß die Genossenschaften kein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse und zur selbständigen Vertretung ihrer Angelegenheiten seien. Es wurde behauptet, man könne die Genossenschaften zum Klassenkampf nicht gebrauchen, daß die Arbeiter Selbstmord begehen würden, wenn sie diese Waffe benutzen würden. Es liegt mir fern, jetzt Wortwürfe zu erheben. Diese Anschauungen lagen eben in den Verhältnissen von damals. Die neuere Zeit hat die erfreuliche Tatsache gezeigt, daß die Arbeiter den Genossenschaftsgründungen jetzt reges Interesse entgegenbringen. 1909 gab es etwa 1 450 000 Konsumvereinsmitglieder. Davon gehörten zum Zentralverband rund 1 Million. Man kann den Zentralverband heute mit Recht als die Organisation ansehen, auf die es uns ankommt muß; die sich Aufgaben stellt, die auch wir den Konsumvereinen stellen. — Im selben Jahre, als der Parteitag in Hannover stattfand, wurde der Spar-, Konsum- und Bauberein in Hamburg gegründet, genannt „Produktion“. Er zählt heute 28 000 Mitglieder. Die Entwicklung dieses Vereines zeigt, daß gegen früher eine erfreuliche Besserung eingetreten ist, daß die Konsumvereine sich der Förderung durch die Arbeiter erfreuen.

Die Wiege der deutschen Konsumvereinsbewegung hat in Sachsen standen. Freilich hatten die ersten Vereine unter der Teilnahmslosigkeit der Arbeiter zu leiden. Die Konsumvereinsfrage spielte eben im öffentlichen Leben der Arbeiter keine Rolle. Natürlich haben wir auch eine ganze Reihe von Mängeln und Fehlern aus der bürgerlichen Genossenschaftsbewegung

übernommen. Es fehlte jede theoretische Aufklärung, jedes System. Früher war in der Hauptsache nur der Gesichtspunkt maßgebend, dem Arbeiter einen wirtschaftlichen Vorteil zu verschaffen, eine Dividende. In Sachsen wurden besonders nach der Mitte der 80er Jahre Konsumvereine gegründet. Das war aber eine Zeit der größten politischen Bedrängnis der Arbeiter. Das Sozialistengesetz lag mit aller Wucht auf der Arbeiterklasse. Die antisemitische Bewegung schlug hohe Wellen. Das ganze mittelständlerische Bürgertum segelte im antisemitischen Fahrwasser, eine Tatsache, die in sehr vielen Fällen die Arbeiter auf den Gedanken der Nützlichkeit und Notwendigkeit der Konsumgenossenschaftlichen Organisation gebracht hat. Dieser Umstand hat wesentlich zur Gründung von Konsumgenossenschaften mit beigetragen. Es gab sehr viele Arbeiter, die sich die Frage vorlegten, wie sie dazu eigentlich kommen, den ärgsten politischen Feinden, die ihnen die Lokale abtreiben und jede Gleichberechtigung absprechen, ihr schwerverdientes Geld in den Laden zu tragen. Der Gedanke einer Konsumvereinsgründung lag da nahe. Die größten und leistungsfähigsten Vereine Sachsens sind aus den kleinsten Anfängen hervorgegangen. Der Konsumverein Leipzig-Flagwig ist heute einer der größten der Welt. Am Mitgliederzahl steht er an dritter Stelle. Selbst die englischen Vereine eingerechnet. Was die Eigenproduktion anlangt, so steht er sogar an erster Stelle. Er wurde 1885 mit 68 Personen gegründet; nach 26 Jahren hatte dieser Konsumverein 40 605 Mitglieder, 18½ Millionen Mark Umsatz, 76 Verkaufsstellen und zahlte an Löhnen 1 800 000 Mk. Das ist ein Beispiel, das typisch ist für die sächsischen Verhältnisse in der damaligen Zeit.

Es ist häufig die Frage aufgeworfen worden, ob die moderne Arbeiterbewegung sich viel früher um die Konsumvereine hätte eingehend kümmern müssen. Ich kann in den Vorwurf, der in dieser Frage liegt, nicht einstimmen, obwohl schließlich auch daran etwas berechtigt sein mag. Ich halte es geradezu für ein Glück für die moderne Arbeiterbewegung Deutschlands, daß sie zunächst ihr Hauptaugenmerk auf die politische und gewerkschaftliche Organisation gerichtet hat. Das hat uns vor all den Fehlern und Uebertreibungen geschützt, die wir in anderen Ländern in bezug auf die Konsumvereine und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse wahrnehmen können. Es hat dazu geführt, daß man nicht falsche Hoffnungen in den Arbeitern erweckt hat und zu keiner gefährlichen Ueberschätzung der Konsumvereine gekommen ist. Mag diese auch heute hier und da in leitenden Konsumvereinstreibern vorhanden sein. Wie aus der Literatur nachgewiesen werden kann, spricht man nicht selten davon, daß die Konsumvereine, die Wirtschaftsgenossenschaften einen wesentlichen Faktor zur Lösung der sozialen Frage bilden könnten. Man braucht nur auf England hinzuweisen, um zu beweisen, daß das völlig ausgeschlossen ist. Wir haben in England die größte und leistungsfähigste Konsumvereinsbewegung der Welt, was allgemein anerkannt ist. Wenn diejenigen, die die Konsumvereine so überschätzen, recht hätten, dann müßte sich doch in England bereits etwas von dem wesentlichen Einfluß auf die kapitalistischen Verhältnisse spüren lassen. Diese sind aber in England genau so, wie in anderen Kapitalistenstaaten, und die Arbeiter haben dort als Produzenten ebenso zu leiden, wie bei uns. — Wenn ich feststellen mußte, daß die Arbeiterorganisationen früher den Konsumvereinen nicht besonders freundlich gegenüberstanden, so ist doch auf der anderen Seite darauf hinzuweisen, daß die Konsumvereine zweifellos indirekt außerordentlich viel von der modernen Arbeiterbewegung profitiert haben. Insofern, als diese Bewegung die befähigtesten Talente für die Konsumvereine gegeben hat. In Sachsen hat man auch zuerst erkannt, daß die Konsumvereine ihre eigenen Wege gehen müssen.

daß sie gehemmt sind, wenn sie im Verein mit bürgerlichen Genossenschaften sich zu betätigen suchen. In Sachsen war es, wo sich zuerst ein besonderer Verband abspaltete von dem Allgemeinen deutschen Verband Ergrüßter Richtung; in Sachsen war es, wo die Konsumvereine zuerst auf den Gedanken der Notwendigkeit einer großen Zentrale für die Konsumvereine, soweit es das Geschäftliche anlangt, kamen; von sächsischen Konsumvereinen wurde die Großverkaufsgesellschaft in Hamburg begründet, die heute eine wesentliche Bedeutung hat und in Zukunft noch mehr als jetzt als der Konsumverein der Konsumvereine zu bezeichnen sein wird.

Also das Gefühl und das richtige Maß für das, was innerhalb der Konsumvereinsbewegung zu geschehen hat, ist schon damals vorhanden gewesen. Eine schwere Illusion ist es, wenn man glaubt, daß die Konsumvereine ein gemeinsames Interesse mit allen übrigen Genossenschaften haben. Nein, auch im Rahmen der Wirtschaftsgenossenschaften entwickeln sich Gegensätze schärferer Art. Als ich im Jahre 1900 in einem Artikel der „Neuen Zeit“ darauf hinwies, daß die Konsumvereine sich von dem Ergrüßten Verband absondern müßten, wollte man freilich in leitenden Konsumvereinskreisen davon noch nichts wissen. Aber schon zwei Jahre später erfolgte der Bruch gewaltsam durch den Allgemeinen Verband, von dem man glaubte, daß er berufen sei, die Interessen der Konsumvereine zu wahren, und 1903 wurde der jetzt stark entwickelte Zentralverband deutscher Konsumvereine in Dresden begründet. Es hat sich deutlich gezeigt, daß erst, nachdem die Konsumvereine sich ihre selbständige Organisation geschaffen haben, sie recht lebensfähig geworden sind. Lebensfähige Konsumvereinsbewegung haben wir erst von dem Zeitpunkt an, wo sich die Arbeiterbewegung oder die Arbeiter in größeren Massen mit der Sache positiv beschäftigt haben. Natürlich darf ich auch die Gefahren und Nachteile der Konsumvereine nicht verschweigen, die entstehen könnten, wenn man sie vom falschen Standpunkt aus beurteilt. Zweifellos ist die Triebfeder für die Mitgliedschaft im Konsumverein eine egoistische; der einzelne verlangt materielle Vorteile, und wenn man ihm nicht begreiflich zu machen versteht, daß außerdem der Konsumverein auch noch höhere, allgemeine Aufgaben zu erfüllen hat, liegt allerdings die Gefahr nahe, daß aus den Konsumvereinen nicht das wird, was wir aus ihnen machen wollen.

Die Kopenhagener Resolution stellt mit aller Deutlichkeit fest, daß die Konsumvereine soziale Aufgaben haben, die in ihrer Wirkung weit über die Grenzen des Konsumvereins hinausgehen können. Wir sollen die Konsumvereine, wie die Resolution sagt, mit sozialistischem Geist erfüllen. Das wird nur möglich sein, wenn die Konsumvereinsmitglieder aufgeklärte Genossen sind, wenn sie beeinflusst sind von den Ideen der modernen Arbeiterbewegung. Aus dem Grunde ist es unsere verdamnte Pflicht und Schulpflicht, gerade die politische und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf die Notwendigkeit der Propagierung des Genossenschaftsgebantens hinzuweisen. Wir wollen die Konsumvereinsbewegung in dem gekennzeichneten Sinne fördern. Nun wir das, so wächst allerdings auch unsere Verantwortung für die Konsumvereinsbewegung; eines ergibt sich aus dem anderen.

Nun eine Bemerkung mehr in Parenthese: Wie oft wurde gesagt, die Konsumvereine sind doch nur Dividendenpressen, es geht den Angestellten schlecht, oder es sind die oder jene Mängel. Fragt man die, die so reden, so stellt sich häufig heraus, daß sie nicht einmal Mitglieder des Konsumvereins sind. Sind die Vereine wirklich so beschaffen, dann müssen wir sie durch unsern Einfluß als Mitglieder eben von solchen Mängeln befreien. (Sehr richtig!)

Eine große Rolle spielt auf den Kongressen wie in der Literatur die Frage, ob die Konsumvereine Klassenorganisationen sind oder nicht. Das „Gleich-

Interesse aller Konjumenten“ ist geradezu Schlagwort geworden. Wohin solche Ansichten führen, beweist folgendes Zitat aus einem Artikel einer bekannten Hamburger Genossin in den „Sozialistischen Monatsheften“ von 1902:

„Die feinste Dame wie die ärmste Wäscherin, der reiche Fabrikant wie der hungrige Schuhfluder haben in gleicher Weise das Interesse, für die verausgabte Summe Geldes das denkbar beste Äquivalent eingutauschen, ob es sich um echte Spitzen, Tracheher Sengste, ob es sich um grüne Seife oder Bichorie handelt. Da besteht keinerlei Divergenz der Interessen, so relativ auch das Bedürfnis sein mag. In diesem Punkte kann es auch zwischen dem Zentrumsmanne, dem Freisinnigen, dem Agrarier und dem Sozialdemokraten keinerlei Interessengegensatz und keine Meinungsverschiedenheit geben.“

Mein theoretisch ist das richtig, aber wie es in der Praxis ausfällt, ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß ein bezahlter Proletarier ganz selbstverständlich ein viel größeres und viel wesentlicheres Interesse an der Möglichkeit haben muß, materielle Vorteile zu bekommen, als irgend ein beliebiger reicher Staatsbürger. Solche Behauptungen geben Unklarheit, führen zu ganz schiefen, falschen Auffassungen und zu ganz falscher Bewertung der Genossenschaften. Das erste und wichtigste und dringendste Interesse an der Wirtschaftsgenossenschaft haben die bezahlten Klassen, diesen Begriff im weitesten Sinne genommen. Der kleine Reichsbeamte mit 1000 Mark Gehalt hat natürlich das gleiche Interesse wie der schlechtbezahlte Fabrikarbeiter. — Wollte man das obige Zitat gelten lassen, dann müßte man meinen, es könnte eigentlich keine Klasse in Deutschland geben, die ein Interesse an der Erhöhung der Preise durch Zölle und indirekte Steuern habe! Wir wissen aber, daß die Wirklichkeit ganz anders ausfällt. Ganz selbstverständlich ist, daß niemandem, auch nicht dem Besizenden, der Konsumverein verschlossen ist.

Aus so irrigen, schiefen Auffassungen entsteht der Streit um die sogenannte Neutralität, der schon sehr lange geht, insbesondere seitdem sich die Genossenschaften im Zentralverband eine Organisation gegeben haben. Ich will darüber nicht weiter sprechen, weil ich erwarte, daß sowohl die Resolution des Kopenhagener Kongresses als auch die Erörterungen des Parteitagges erzieherisch wirken, zum Teil auch schon so gewirkt haben. Hat ja doch auch der Internationale Genossenschaftsbund auf seinem letzten Kongreß eine Sympathie-resolution beschlossen, die den Beschluß des internationalen Kongresses begrüßt. Die Entwicklung wird gewiß dahin führen, daß es nicht bei bloßer Sympathie-lundgebung bleiben wird.

Die Redensarten, daß durch die Konsumvereine der Kapitalismus „ausgehöhlt“ und „unterwühlt“ werden könnte, sind ein Traum, und nicht einmal ein schöner. Es wäre doch ganz sonderbar, von allem anderen abgesehen, wenn die bürgerliche Gesellschaft in dem Augenblick, wo sie sehen würde, daß ihre ganze Existenz durch die Konsumvereine in Frage gestellt wäre, ruhig zusehen, und nicht politische Mittel in Anwendung bringen würde, um diesen Prozeß zu unterbinden und aufzuhalten.

Die Konsumvereine können, wie gesagt, sehr verschieden wirkende Instrumente in der Hand der Mitglieder werden, je nachdem eine Konsumvereinsleitung ihre Aufgabe auffaßt. Die Triebkraft zur Gründung von Konsumvereinen ist, wie gesagt, in erster Linie materieller, egoistischer Art. Wir haben denn auch wiederholt erlebt, daß von Unternehmungskreisen Konsumvereine gegründet wurden zu dem Zwecke, die Arbeiter von Lohnforderungen abzuhalten. Diese Tendenz tritt zwar nicht so wie früher in Erscheinung, sie muß aber beachtet werden und die schwersten Bedenken hervorrufen.

Partei und Gewerkschaften sind berufen, die Konsumvereine zu dem zu machen, was sie sein sollen und können. Darin ruht ja die Voraussetzung, daß wir dazu kommen, die ganze Partei offiziell zur Genossenschaftsfrage Stellung nehmen zu lassen. In der Resolution ist ganz richtig gesagt, daß die Konsumvereine unter den dort näher dargelegten Grundätzen gute Hilfsmittel für die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung sein können. So kommen wir zu richtiger Schätzung ohne Ueber- noch Unterschätzung, und zu der Aufgabe, die Konsumvereine einzupassen in den Rahmen der modernen Arbeiterbewegung. Die Kopenhagener Resolution läßt die Frage offen, ob die Konsumvereine politische Vereine, Teile der Partei oder gar, wie in Belgien, die Partei selbst sein sollen. Das soll in den einzelnen Ländern geregelt werden. Wir kommen nun dazu, festzustellen, inwieweit in Deutschland ein Anlaß vorliegen könnte, in dieser Beziehung andere Wege als bisher einzuschlagen. Dies zu tun haben wir nicht nötig, es wäre für uns nicht gut, etwa dem belgischen Beispiel zu folgen. Ganz abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen, die in Deutschland politische Genossenschaften nicht dulden, wäre es verkehrt, die Konsumvereine in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Partei zu bringen oder umgekehrt. Alles spricht dafür, daß sie, wie bisher, ihre vollständige Selbständigkeit wahren. Ganz unabhängig davon, wie die Konsumvereine zur politischen Bewegung stehen, kommt es lediglich darauf an, in welchem Geiste die in den Konsumvereinen tätigen Parteigenossen wirken. Ich muß dabei allerdings aussprechen, daß bisher sehr viele Parteigenossen ihre Pflicht nach der Richtung hin nicht in wünschenswerter Weise taten. Es ist oft genug vorgekommen, daß Parteigenossen aus der Besichtigung, daß der Konsumverein von Gegnern zu einem sozialdemokratischen gestempelt werden könnte, ihm fern gelieben oder wenn sie beitraten, ihre Zugehörigkeit zur Partei verleugnet haben. Eine andere Frage ist die: ist der Konsumverein geeignet, in den Massenkampf der Arbeiter selbst positiv einzugreifen oder ist er wenigstens geeignet, seinen Mitgliedern im Massenkampfe beizuspringen? Die ideale Verwandtschaft zwischen Konsumverein und der Partei ist groß. Es ist nicht wahr, daß die Konsumvereine kein Gewicht auf irgendeine politische Partei zu legen hätten. Die Konsumvereine sind große Arbeitervereinigungen geworden. Sie werden von allen Seiten auf das schärfste bekämpft. Die Mittelständler, die politischen Parteien, die Behörden, alles schlägt auf sie los. Sie sind also eine Organisation, die alle Veranlassung hat, sich umzusehen, wer sie in diesem Kampfe schützt. Die materiellen und politischen Interessen der Konsumvereine decken sich durchaus mit denen der sozialdemokratischen Partei. Die materiellen, weil die Sozialdemokratie ja alle Organisationen fördert, die den Arbeitern materiell oder ideell nützen. Wären wir ins politische Leben, so finden wir, daß in den Parlamenten, in der Presse usw. die bürgerlichen Parteien mehr oder weniger die Konsumvereine zu bekämpfen suchen. Durch Sondersteuern und durch gesetzliche Maßnahmen nicht zuletzt. Da ist es unsere Partei, die sozialdemokratische, die sich rücksichtslos und konsequent auf den Standpunkt der Konsumvereine stellt. Unsere Partei legt überall ihre ganze Wucht und Bedeutung in die Waagschale gegen die den Konsumvereinen feindlichen Kräfte. Wenn solche Verhältnisse vorliegen, dann müssen auch die Konsumvereine ein Interesse daran haben, mit der sozialdemokratischen Partei mindestens in einem freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Will man das, so muß man rückhaltlos die Bestrebungen der Sozialdemokratie anerkennen. Bürgerliche Organisationen, von denen man es nicht erwartet hätte, haben gegen die Konsumvereine Stellung genommen. Der Hansabund hat sich wiederholt in schärfster Form gegen sie gewendet, ebenso verschiedene Wandelskammern. Die Konsumvereine werden von den bürgerlichen Kreisen aus ganz bestimmten Gründen, die nicht zuletzt politischer

Art sind, bekämpft. Man versteht es, daß die bürgerlichen Parteien die Vereine bekämpfen, wenn man bedenkt, daß diese Parteien damit die Mittelständler gewinnen wollen.

Die Konsumvereine haben also auf allen Seiten scharfe Gegner, die Sozialdemokratie allein schützt sie, nicht bloß deshalb, weil sie für die Arbeiter Gutes bringen, sondern weil sie im allgemeinen als ein Fortschrittsmoment angesehen werden müssen. Die Sozialdemokratie beschränkt ihre Freundschaft nicht nur auf die Konsumvereine, sondern auch auf die Genossenschaften anderer Art, wenn sie in irgendeiner Form soziale wertvolle Arbeit leisten. Man hat also keinen Grund, sich allzusehr darüber aufzuregen, wenn aus dieser Tatsache der Schluß gezogen wird, die Konsumvereine seien „sozialdemokratische“ Organisationen. Das wird immer behauptet, wenn man eine Gefährdung bürgerlicher Interessen befürchtet. Das Odium, daß sie „sozialdemokratisch“ sind, werden die Konsumvereine in Deutschland nicht los werden. Wenn der Parteitag vorüber sein und man sehen wird, daß er sich den Konsumvereinen freundlich gegenüber gestellt hat, dann wird es erst recht heißen, die Konsumvereine sind eben doch sozialdemokratisch. Man sollte auch in leitenden Konsumvereinskreisen dieser Tatsache gegenüber nicht mehr so nervös sein.

Die Vereine des Zentralverbandes bestehen bis zu etwa 85 Proz. aus Lohnarbeitern oder ähnlich gestellten Personen. Daraus ergibt sich, daß sie Arbeiterorganisationen sind. Die Konsumvereinsbewegung ist also eine proletarische Massenbewegung. Je mehr wir sie dazu machen, desto mehr werden sie nützlich für die einzelnen Mitglieder und Angehörigen und die Allgemeinheit im sozialen Sinne. Wir werden also nach allem unsere Reserve den Konsumvereinen gegenüber aufzugeben haben. (Weifall.) Wir haben unsere Ansicht über sie zu revidieren und zu ändern. (Zustimmung.) Wir haben zu sagen, was ist, daß die Partei alle Ursache hat, die Vereine zu fördern, und daß die Konsumvereine anzuerkennen haben, daß die Sozialdemokratie ihre größte Freundin ist. (Lebhafte Weifall.) Dann werden wir in sehr ersprießliche Verhältnisse hineinkommen. Es müht nichts, über die Mängel und über Rückständigkeit der Konsumvereine zu räsonnieren, und Lärm zu schlagen. (Sehr richtig!) Wir müssen bessern und eingreifen und helfen, daß die Konsumvereine wirtschaftliche Organisationen in unserem Sinne werden. (Lebhafte Zustimmung.) — Es wird vielfach die Frage aufgeworfen: entziehen die Konsumvereine nicht wertvolle Kräfte der Partei- und Gewerkschaftsarbeit? Es liegen solche Fälle vor, aber wir haben es ja in der Hand, das zu ändern. Der Umstand, daß sich bisher unsere Partei zu den Konsumvereinen sehr ablehnend verhält, hat bei vielen Parteigenossen, die dort tätig sind, die Anschauung erweckt, als brauchen sie nichts mehr für die Partei zu tun. Das ist falsch, aber erklärlich. Unsere Parteigenossen können gerade als Konsumvereinsangestellte infolge der Unabhängigkeit ihrer Stellung sehr wertvolles für die Partei leisten. Es ist oft nur mit Hilfe eines Konsumvereins-Lagerhalters möglich, eine Partei- oder Gewerkschaftsorganisation an einem kleinen Ort zu gründen, weil außer ihm keine unabhängige Person da ist, die nicht mit der Gefahr der Maßregelung zu rechnen hat. Unsere Parteigenossen müssen auch als Konsumvereinsbeamte es als ihre Aufgabe betrachten, für die Interessen ihrer Partei tätig zu sein.

Die Konsumvereinsbewegung hat sich jetzt weitverbreitende Pläne zurecht gemacht. Der gute Wille ist in Konsumvereinskreisen zweifellos vorhanden, mit der Partei zu wirken. Wir haben dafür zu sorgen, daß die Bewegung nicht in falsche Bahnen geleitet wird. (Sehr richtig!) Nun wir das mit dem nötigen Geschick, dem nötigen Interesse und der nötigen Sachlichkeit. Dann werden wir zum Ziel kommen, zum Nutzen der politischen und gewerkschaftlichen Be-

lung. (Lebhafter Beifall.) Ich brauche wohl nicht zu beweisen, warum. Wer das noch nicht kennt, hat Gelegenheit, sich eingehend in der heute sehr reich vorhandenen Konsumgenossenschaftlichen Literatur zu unterrichten. Aber auf eins möchte ich doch hinweisen, obwohl es eigentlich eine innere Angelegenheit der Konsumvereine ist. Es kommt darauf an, wie der Gewinn der Konsumvereine verwendet wird, und da steht die moderne Konsumvereinsbewegung prinzipiell auf dem Standpunkt, daß wir gegen die hier und da noch herrschenden Dividendensuchen mit aller Energie anzukämpfen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Daß wir die erzielten „Gewinne“ nützlicher anwenden, damit die Konsumvereine leistungsfähiger werden und gegen gewisse Zufälle geschützt sind. (Sehr richtig!) In dieser Richtung haben unsere Genossen entsprechend ihrer höheren Auffassung zu wirken, damit nicht das rein egoistische Moment in den Vordergrund tritt. Ich möchte zum Schluß sagen, es kommt ganz darauf an, was wir als Parteigenossen aus den Konsumvereinen machen. Dazu, daß wir aus ihnen etwas richtiges machen, sollen diese Erörterungen dienen. Ich hoffe, daß von nun an die Parteigenossen in Deutschland dafür sorgen, daß in die Konsumvereine, wo das noch nicht der Fall ist, der Geist einzieht, der die Konsumvereine wirklich zu guten, brauchbaren Hilfsmitteln im Klassenkampfe der Arbeiter macht. (Lebhafter Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Sonnabend vertagt.

Schluß 7¼ Uhr.

## Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 24. September 1910. — Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Althöf eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Diskussion über die Genossenschaftsfrage.

Reus-Deffau: In die Kopenhagener Resolution ist der deutsche Geist bezüglich des Genossenschaftswesens hineingedrungen. In der vorgeschlagenen Resolution erscheint mir der Hauptfach nicht entsprechend erschöpfend. Die bürgerlichen Vereine, die nicht die Absichten unserer Konsumvereine haben, können diesen Satz ebenfalls unterschreiben. Ich würde folgende Formulierung für richtiger halten: Die Konsumvereine sind die Organisationen derjenigen, die ihre Bedürfnisse durch gemeinsamen Kauf oder so bald als möglich durch eigene Produktion mit eigenen Produktionsmitteln sich zu beschaffen suchen und dabei den Profit, sowohl des Handels als auch des Produktionskapitals, auf jedes mögliche Minimum herabzubringen bemüht sind. — Ich will keinen formellen Antrag stellen, ich lege mehr Gewicht auf die revolutionäre Tat als auf das revolutionäre Wort. (Hört! hört!) Es wird auch für uns darauf ankommen, daß wir das jetzt beweisen. Die Aufmerksamkeit des Parteitages war gestern abend beim Referat recht gering. Vielleicht war die Ermüdung daran schuld, vielleicht auch die Meinung, daß wir über die Frage einig sind. Wir sind auch in der Tat im wesentlichen einig. Es hat sich seit Berlin über Hannover nach Kopenhagen eine große Wandlung in den Anschauungen vollzogen. Diese Wandlung kann für uns eine Mahnung sein, daß wir an den Wandel der Auffassungen in der Partei mehr glauben sollen, als manche jetzt dazu Neigung haben. (Zustimmung.) Was vor allem wichtig ist, ist, daß wir dafür sorgen, daß wir Mitglieder in die Konsumvereine hineinbekommen. (Sehr richtig!)

Erreicht muß werden, daß sich die Gesamtzahl der organisierten Konsumvereinsmitglieder deckt mit der Zahl der gewerkschaftlich und politisch organisierten und mit der Zahl der Abonnenten der Parteipresse, daß alle diese verschiedenen Bewegungen möglichst einheitlich dastehen. Vor allem ist aber dafür zu sorgen, daß wir Geld in die Konsumvereine bekommen. Wir müssen entgegengetreten dem Dividendenhunger, der ganz falschen Auffassung, daß es darauf anläge, am Schluß jedes Jahres einen kleinen Betrag zu verteilen. Wir müssen den profitwütigen Kapitalismus bekämpfen durch den genossenschaftlichen Kapitalismus, der auf den Sozialismus abzielt. Deshalb müssen die Konsumvereine eigenes Vermögen erwerben, das Reservermögen der Konsumvereine muß so stark wie möglich werden. Wir müssen dem Wesen der Bezirkskonsumvereine vorarbeiten, damit die Zahl der kleinen nichtleistungsfähigen Konsumvereine zurückgeht, damit nicht der stete Wechsel der Geschäftsführer schade. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, es sei bloß kleines möglich, daß zum Beispiel die großen Warenhäuser die Konsumvereine mit Verdrängung bedrohen. Im Gegenteil, wir müssen uns darauf vorbereiten, eines Tages den Kampf gegen die kapitalistischen Warenhäuser zu führen und sie durch die Großorganisation der Konsumvereine zu vernichten.

Als man 1899 die Hamburger „Produktion“ gründete, gab es große Bedenken, niemand wollte daran glauben, daß etwas Großes daraus werden würde. Wer aber sich gelegentlich des Internationalen Genossenschaftskongresses in Hamburg die großen Häuserblocks mit den zahllosen Arbeiterwohnungen angesehen hat, dem ist bei dem Vergleiche mit den Elendhöhlen, in denen früher und auch jetzt noch Tausende von Arbeiterfamilien wohnen, das Herz aufgegangen. (Sehr richtig!) Was Hunderte können, können Tausende erst recht, wenn nur der gemeinsame Wille da ist. Die Großstädte sollen angeblich nicht imstande sein, hierin dasjenige zu leisten, wie die Kleinstädte. Ich glaube, seitdem Wien einen so großen gewaltigen Konsumverein hat, ist das widerlegt. Und die Berliner haben die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, jetzt als Sozialdemokraten zu beweisen, daß sie dazu in Berlin auch imstande sind. (Bravo! Bravo!) Wir werden doppelt stolz sein auf die sozialistische Hochburg Berlin, wenn eines Tages neben den 400 000 Sozialdemokraten ebensoviel organisierte Konsumenten stehen werden.

Wir müssen in allen Städten die größten Hausbesitzer sein; wenn Sie nach Berlin gehen (der Redner spricht immer lauter, so daß große Heiterkeit entsteht und ihm mehrfach: „Lauter! Lauter!“ zugerufen wird) — wenn Sie still sind, werden Sie mich verstehen, auch wenn ich noch lauter rede. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie nach Rixdorf gehen und die Idealpassage sehen, dann müssen Sie sich sagen, was für Hunderte geschaffen wurde, kann auch für Tausende geschaffen werden. Wenn wir vor wenigen Tagen in Dessau das schönste und größte Lokal der Stadt gekauft haben, so war uns das möglich durch ein Zusammenwirken des Konsumvereins und der Arbeiterbrüderlei, ohne daß erst in der Arbeiterschaft große Sammlungen hätten veranstaltet werden müssen. Durch das wachsende Vordringen des Gemeindef Sozialismus wird auch der Genossenschaftssozialismus immer wichtiger, den wir brauchen, weil wir sonst für die Eroberung der politischen Macht nicht den nötigen Untergrund haben und weil uns insbesondere die nötigen Persönlichkeiten fehlen würden, die wir brauchen im politischen Kampfe. Wenn wir nun in Kopenhagen und hier in Magdeburg Resolutionen zugunsten der Genossenschaften gefaßt haben werden, dann muß sich das auch in der Entwicklung des Genossenschaftswesens historisch dokumentieren. Wenn unsere Tat nicht fruchtlos bleiben soll, dann muß jetzt nach Kopenhagen und nach Magdeburg die Genossenschaftsbewegung emporzuschellen zu unüberwindlicher Macht. (Beifall.)

**Burm-Verlin:** Wenn die genossenschaftliche Entwicklung, speziell die der Konsumgenossenschaften in Deutschland auf Widerstand in der Partei gestoßen ist, so lag das in der Vergangenheit an gewissen geschichtlichen Bedingungen, in jüngerer Zeit aber zum Teil an den übereifrigen Freunden à la Reus, die mit ihren Ausschöpfungstheorien gar manchen Parteigenossen vom Anschlusse an die Konsumvereine abhalten. (Zustimmung.) — Die historische Entwicklung war die, daß die Konsumgenossenschaften zunächst von der Fortschrittspartei in den 60er Jahren dazu benutzt wurden, den Arbeitern ihre Ausbeutungslage erträglicher zu machen; die Konsumvereine sollten zu nichts weiter dienen, als den Arbeitern die Lebenshaltung zu verbilligen, damit sie ruhig sind und sich nicht gegen die Gesellschaftsordnung auflehnen, die ihnen die elenden Lebensbedingungen diktiert. Ganz offenkundig haben Schulze-Delitzsch und Nachfolger dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß die Konsumvereine in der Lage seien, das auszugleichen, was durch schlechten Lohn den Arbeitern entgeht. Daher auch das Mißtrauen der sozialistischen Arbeiter, die die bestehenden Zustände nicht erhalten sehen wollen, daher auch heute noch das Mißtrauen gegen diejenigen Konsumvereine, die auch heute noch nur benutzt werden, um die Arbeiter zu beruhigen. Die von Dr. Crüger geführten Vereine stehen ja heute noch auf dem Standpunkte von Schulze-Delitzsch, und in der Resolution, die der jüngste bürgerliche Genossenschaftstag in Kaufheim beschloß, ist ausdrücklich gesagt: „daß es ausschließlich Aufgabe der Konsumvereine ist, die Mitglieder mit preiswerten und guten Lebensmitteln zu versorgen, sowie durch strenge Aufrechterhaltung des Grundgesetzes: Verkauf gegen bar, der Vorzugswirtschaft entgegenzutreten, Ordnung und Sparsamkeit zu fördern.“ Dieses Bestreben, das Glend mit Hilfe des billigeren Einkaufs in den Konsumvereinen zu verwirklichen, finden wir auch bei den durch die Großindustrie, zum Beispiel Krupp, errichteten Konsumgenossenschaften. Die modernen Genossenschaften dagegen fagen von sich selbst, daß sie nur ein Mittel seien, um die Arbeiter noch kampffähiger zu machen, damit sie noch schärfer wie sonst die Klassenkämpfe führen können. Auf einer gewissen Stufe der Not fehlt ja den Arbeitern die Kraft, den Kampf gegen die Ausbeutung zu führen. Sie hierzu zu stärken, ist mit Hilfe der Genossenschaften möglich. Während aber die alten unter bürgerlicher Leitung stehenden Konsumvereine die Aufgaben derselben zu eng begrenzen, sie nur auf die Versorgung mit billigen Lebensmitteln einschränken, versallen manche Genossenschaften, die sich unter Leitung von Parteigenossen befinden, in den entgegengesetzten Fehler, indem sie die Wirksamkeit der Konsumvereine wie aller anderen Genossenschaften überschätzen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ in Hamburg und das Internationale Genossenschaftssekretariat in Zürich, die beide im Dienste der modernen Genossenschaftsbewegung stehen, vertreten nationalökonomische Anschauungen, die im scharfen Gegensatz zu unseren Parteigrundsätzen stehen, jene Ausschöpfungstheorie, daß mit allen möglichen Mitteln und Mitteln der Klassenstaat beseitigt werden könne ohne Klassenkampf. Und es ist der große Fortschritt in der Stellung der Arbeiterkraft zu den Konsumvereinen, wenn in der Kopenhagener Resolution hervorgehoben wird, daß die Genossenschaften in erster Linie die Aufgabe haben, die Arbeiter zum Klassenkampf zu stärken. Wir können nicht scharf genug hervorheben, daß die Genossenschaften nicht etwas absolut Selbständiges sind; es ist nicht richtig, daß die Genossenschaften gewissermaßen die Schwester des Sozialismus und der Gewerkschaften sind, nein, sie sind ihre Tochter, denn die Vorbedingung für starke Genossenschaften ist eine starke Gewerkschaftsbewegung, eine starke sozialistische Bewegung. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade der zielbewußten proletarischen Genossenschaftsbewegung werden fortgesetzt Geminnisse bereitet, durch Leute wie

**Dr. Hans Müller-Zürich und Dr. August Müller-Hamburg,** die es sich zur Aufgabe machen, eine Neutralität der Konsumvereine zu proklamieren, die gar nicht existieren kann. Es gibt in der Welt keine Neutralität, so wenig wie es eine Tendenzlosigkeit gibt. Die Leute, die sagen: wir wollen neutrale Konsumvereine, sind immer nur neutral gegen uns Sozialdemokraten, aber sie buddeln weiter im Fahrwasser der bürgerlichen Anschauungen. (Sehr richtig!) Daß die Konsumvereine das Gesetz zwingt, neutral zu sein, ist eine Sache für sich. Aber es ist auch sehr fraglich, ob unsere modernen Genossenschaften innerhalb des Rahmens des heutigen Genossenschaftsgesetzes sich noch weiter entwickeln können. Die Form ist ihnen zu eng geworden. Bedenken Sie, daß das Gesetz, mag die Mitgliederzahl noch so groß sein — und wir haben Konsumvereine mit 30 000 Mitgliedern — und noch mehr —, der Generalversammlung der Mitglieder allein das Recht gibt, die Verwaltung zu wählen. In einer solchen Generalversammlung, die nur von einem kleinen Bruchteil der Mitglieder besucht sein kann, wird natürlich nie der Wille der Mitglieder zum Ausdruck kommen. Auf der anderen Seite legt das Gesetz den Konsumvereinen gewisse Beschränkungen in der Verwendung ihrer Einnahmen auf. Daher ist danach zu streben, neue Formen zu finden, in denen die Genossenschaften sich freier entfalten können, vor allem solche Formen, innerhalb der der Wille der Mitglieder mehr zum Ausdruck kommt. Wenn in manchen Konsumvereinen die Hyperneutralität gegen links so sehr in den Vordergrund geschoben wird, so rührt das eben nur daher, daß die Masse der Mitglieder so wenig Einfluß auf die Verwaltung hat; sonst wäre es nicht möglich, daß in Gegenden, wo eine starke Sozialdemokratie ist, Anschauungen von den Verwaltungen der Konsumvereine vertreten werden, die sich keineswegs mit denen unserer Partei decken. (Sehr richtig!) Also wir müssen die Genossenschaften im Sinne der Kopenhagener Resolution als Mittel zum Klassenkampf benutzen, das „Müllern“ in Zürich und Hamburg ist den Genossenschaften schädlich. Wenn die Arbeiter dann sehen werden, daß die Genossenschaften im Sinne des Klassenkampfes und des Sozialismus arbeiten, werden den Genossenschaften auch die Parteigenossen zufließen, und wir werden eine große mächtige deutsche Genossenschaftsbewegung bekommen, wie sie nützlich und brauchbar ist. (Lebhafte Beifall.)

**Abnel - Leipzig:** Ich bin völlig einverstanden mit den Worten Fleißners, daß die wichtigste Bestimmung der Kopenhagener Resolution die ist, daß die Konsumvereine mit sozialistischem Geiste zu erfüllen sind. Gerade deshalb kam ich mich aber nicht einverstanden erklären mit dem letzten Satz der Resolution: „Der Parteitag fordert die Genossen und Genossinnen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.“ Der Geist einer solchen Körperschaft ist ja nicht fahbar, er wird uns erst bewußt durch ihr Tun und Lassen, oder ihr Sprachorgan. Wenn wir daraufhin die heutigen Konsumvereine prüfen, so werden wir sehr wenige finden, die heute schon im sozialistischen Sinne geleitet werden, und auch aus dem Sprachorgan der sogenannten modernen deutschen Konsumgenossenschaften weht uns auch nicht ein Hauch sozialistischen Geistes entgegen. (Sehr richtig!) Diesen Zustand werden wir auch nicht beseitigen durch noch so klug abgefaßte Resolutionen. Von innen heraus, von unten herauf muß Wandel geschaffen werden. Aber deshalb ist es notwendig, daß wir nicht nur die heute schon sozialistisch geleiteten Konsumvereine unterstützen, sondern wir müssen auch die übrigen, dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaften mit sozialistischem Geiste erfüllen. Ich sehe davon ab, einen Antrag zu stellen, hoffe und wünsche aber, daß Fleißner in seinem Schlusswort den angeführten Satz in dieser Weise inter-

pretiert. Das ist notwendig, damit nicht etwa verschiedene Parteigenossen, die heute schon den Konsumgenossenschaften etwas antipathisch gegenüberstehen, sagen können: wir treten dem hiesigen Verein nicht bei, denn er ist ja nicht in sozialistischem Geiste gelenkt. Diese Ausrufe müssen wir den Parteigenossen verzeihen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Genossenschaften ein wirksames Glied im Befreiungskampfe der Arbeiter werden. (Bravo!)

**Schmalzfeld - Bremerhaven:** Durch die Resolution werden die Genossen aufgefordert, sich mehr als bisher um die Genossenschaftsbewegung zu kümmern. Ich bin der Meinung, daß sie das schon immer getan haben. Wenn die Genossenschaften nicht von sozialem Geiste durchsetzt worden sind, so lag das an ihren Einrichtungen, an ihrer Organisation und an ihren Hauptführern. Genosse Sturm hat bereits auf die beiden Müller hingewiesen; vor allem ist es Professor Staubinger, der eher alles andere tut, als dafür sorgt, daß die Genossenschaften mit sozialem Geiste durchtränkt werden, und der überall seinem liberalen Standpunkt Ausdruck gibt. Sein Geist beherrscht mehr oder weniger die gesamten Genossenschaften. Welcher Geist in den Genossenschaften herrscht, geht aus einem Referat von C. Markus - Remscheid — und das ist doch nicht der schlechteste Parteigenosse — auf der Konferenz der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder für Rheinland - Westfalen vom 14. März 1909 hervor. Markus sagte hier nach dem Bericht der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ mit Bezug auf die Maifeier: „Es gilt lediglich, diese Frage mit den Vertretern der Angestellten zu besprechen und zu klären. Von den Angestellten wird oft Urlaub bei den aller verschiedensten Anlässen nachgesucht, zum Beispiel bei patriotischen Festen, gelegentlich hoher Besuche, bei Jäger- und Schützenfesten, bei Prozessionen am Fronleichnamstage usw. und nicht zuletzt zur Maifeier.“ (Sörtl! hört!) Sie werden mir doch zugeben, daß hier die Neutralität bis zum äußersten ihren Ausdruck findet. Auf dem Unterverbandstag in Bremen, der kürzlich stattfand, hatte ein Kieler Genosse beantragt, den sogenannten Genossenschaftsrat mit demokratischeren Mächten auszustatten, er beantragte, dem Genossenschaftsrat das Recht zu geben, mit der Verwaltung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beraten und zu beschließen. Das ist ein so vernünftiger Antrag, daß man ihn, wenn man überhaupt nur Demokrat, nicht einmal Sozialdemokrat ist, ohne weiteres zustimmen müßte. Aber trotzdem wurde er bekämpft; führende Personen in der Genossenschaftsbewegung, die auch in der Partei einen klaren Namen haben, erklärten, daß das unter keinen Umständen angängig sei (hört! hört!); das Wort Demokratie sei ja ein schönes Wort, aber die Massen müßten erst dazu erzogen werden. Das sagt man Leuten, die nicht nur den politischen und gewerkschaftlichen, sondern auch den genossenschaftlichen Gedanken ergreifen und betätigt haben. Da weiß ich wirklich nicht, was die Herren unter Demokratie verstehen. Ich wünschte nur, daß die Partei als solche sich nicht direkt mit den Genossenschaften identifiziert, denn wir kommen dadurch über kurz oder lang in eine Kampfstellung gegenüber den führenden Genossen, und das führt dazu, daß wir unsere Kräfte zersplittern und unsere Kampffähigkeit lähmen. Wir müssen nach der Erringung der politischen Macht streben, und deshalb dürfen wir uns auf dem genossenschaftlichen Gebiete nicht so festlegen, daß wir unter Umständen unsere Reihen lichten, respektive unsere Kräfte verzeteln. Ich für meinen Teil wünsche Ihnen alles Glück in dem Vorhaben, die Genossenschaften zu demokratisieren und mit sozialem Geiste zu erfüllen, aber vorläufig wird das noch recht schwer sein.

Zu der Resolution ist der Zusatzantrag 103 eingegangen.

**Reinhold - Berlin:** Die Bedenken des Vorredners teile ich nicht. In dem Maße, in dem sich unsere Parteigenossen in den Konsumgenossenschaften

betätigen, werden sie auch Einfluß ausüben können. Die große Masse der Mitglieder der Vereine ist proletarisch. Und das Wesen der echten Konsumgenossenschaften ist sozialistisch. Also wird auch der sozialdemokratische Geist in diesen Genossenschaften gepflegt und zur Anerkennung gebracht werden, wenn wir nur wollen. Es ist eine große Errungenschaft, daß dieser Parteitag sich planmäßig mit dieser Frage beschäftigt; es ist ein großer Fortschritt, daß man in unseren Reihen endlich die praktische Bedeutung und große Tragweite der Genossenschaft anerkennt. Damit eröffnet sich uns ein neuer Weg zur Verwirklichung unserer letzten Ziele, ein neues Mittel zur Erreichung der sozialistischen Gesellschaft ist uns damit in die Hand gegeben. Die Vorstandsresolution ist im ganzen annehmbar, weist aber verschiedene Lücken auf. Diese sollen durch meinen Antrag 103 ausgefüllt werden. Nebenbei möchte ich dem Vorstand bitten, die Resolutionen künftig frühzeitiger bekanntzugeben. Jetzt werden wir damit wie mit Kollonüberrauchungen bedacht, so daß wir kaum dazu Stellung nehmen können. — Die Arbeiter müssen ihre Spargelder in den Konsumvereinen anlegen. (Zuruf: Das geht nicht!) Nun, in der Hamburger „Produktion“ sind fast fünf Millionen Mark angelegt. Es ist geradezu unsahbar, wie die Millionen sozialdemokratisch denkender Arbeiter das bisshen Kapitalkraft, das der einzelne hat, und das zusammengefaßt doch eine erhebliche Macht ist, in der Weise verzeteln, wie es heute geschieht. Die Gelder werden jetzt bei den Spartassen angelegt, die sie unseren schlimmsten Feinden zur Verfügung stellen, sie für Raubhypotheken, Wobenspekulationen und Staatspapiere verwenden. Es gibt sogar Gewerkschaften, die Gelder in Kirchenpapieren angelegt haben. (Weitererlei.) In den Spartassen des Deutschen Reiches liegen etwa 12 000 Millionen Mark. Wenn davon nur der zwölfte Teil auf Lohnarbeiter entfällt und diese nur die Hälfte in genossenschaftlichen Organisationen anlegen würden, was würden sie mit dieser halben Milliarde für eine Macht haben! Diese Organisation der proletarischen Kapitalkraft zusammen mit der Organisation der Kaufkraft ist eine unbedingte Notwendigkeit. — Dann wird es auch möglich sein, die Genossenschaften entsprechend auszubauen. So in der Wohnungsvorsorgung. Überall, wo wir vorübliche Verhältnisse suchen, muß auf die Hamburger „Produktion“ hingewiesen werden. Es ist das unvergängliche Verdienst des Genossen von Elm, daß er mit der Schaffung der „Produktion“ der deutschen Arbeiterbewegung ein dauerndes Vorbild gegeben hat. (Beifall.) Ich halte es für richtig, heute diese Anerkennung auszusprechen, weil er deshalb im Anfang schwere Kämpfe mit Genossen hat ausfechten müssen. (Sehr gut.) Die „Produktion“ hat bereits mehr als 600 Arbeiterwohnungen hergestellt, die zu großen Kolonien zusammengefaßt sind. In diesen Kolonien ist der Umjat pro Mitglied mehr als doppelt so groß als anderswo. Es ist also eine ganz sichere Kapitalanlage, vor allem aber deshalb von Bedeutung, weil damit der Wohnungsnot entgegengewirkt wird. — Wir müssen uns ferner gegen die Dividenden wenden. Es ist zwar ein Unfug der Gegner, diese Dividende, die in der Hauptsache nichts ist als eine Rückvergütung zuviel gezahlter Warenpreise, als eine Art kapitalistischen Gewinns hinzustellen. Aber sie gefährdet vielfach die Entwicklung der Vereine und verhindert, daß die Kapitalkraft, die gewonnen ist, zusammengefaßt wird. Wir haben noch keine 50 Mark Kapitalansammlung auf den Kopf des Mitglieds. In England sind es über 300. Damit kann ganz anderes geleistet werden. Die ganze wirtschaftliche Machtstellung wird eine andere, wenn diese Erürbrigungen nicht in Millionen Tropfen verzetelt werden, wenn sie zusammengefaßt werden zu einem gewaltigen Ströme, der Fahrzeuge trägt und Hindernisse hinwegschwemmen kann. Vor allem aber muß Ernst gemacht werden mit der Unter-

fühlung, die wir den Konsumvereinen gewähren müssen. Es genügt nicht, daß man die Hand erhebt und einer Resolution zustimmt. Die Resolution muß auch zur Tat werden. (Beifall.) Ich bin überzeugt, es werden große Eingriffe politischer Art notwendig werden, um unsere Ziele zu verwirklichen, aber auch die Genossenschaftsbewegung ist eine Macht, und sie wird es noch mehr werden, wenn wir ihre Bedeutung voll würdigen. Ueber eine Million Mitglieder haben wir heute in den Konsumvereinen, es liegt an uns, daß es bald drei und fünf Millionen werden, daß wir einen Milliardenumsatz erzielen. Damit können wir Vorbildliches schaffen und die wirtschaftliche und organisatorische Stellung des Proletariats in gewaltigem Maße erweitern. Wir arbeiten im wahren Sinne revolutionär, wenn wir die Organisationskraft der Arbeiterklasse stärken. Das muß eine heilige Ueberzeugungssache sein. Man achte die tägliche Kleinarbeit der Konsumanten nicht gering. Die Verteilung von Flugblättern und das Eintassieren von Gewerkschaftsgeldern sind an sich auch noch keine revolutionären Handlungen: sie werden es durch den Geist, in dem sie getan werden. So muß der Geist, in dem die Genossenschaften verwaltet werden, der sozialistische Geist sein. Das muß für uns eine Sache der Begeisterung, eine religiöse Sache sein. Wir müssen das Wort unseres Viktor Adler wahr machen: arbeiten wir so praktisch, als ob wir noch hundert Jahre warten müßten; und arbeiten wir so revolutionär, als ob wir schon morgen zur Tat gerufen würden! (Lebhafter Beifall.)

Paul Göhre verliert das Wort, da er beim Abruf nicht im Saal ist.

Stolle: Ueber die Genossenschaftsfrage hat eine eingehende Erörterung in der Presse und in den Versammlungen stattgefunden. Auch in den Landtagen und im Reichstage waren wir genötigt, uns gegen Unterstellungen und Vorwürfe zu wehren. Wenn irgendwo in einem kleinen Konsumverein die Verwaltung in Differenzen mit ihren Angestellten kommt, da sagen die Gegner gleich: Seht, die Genossenschaften sind sozialdemokratische Einrichtungen, und so benimmt sich der Sozialdemokrat, wenn er in die Lage kommt, Arbeitgeber zu sein. Es wird nicht gefragt, wo das Recht oder das Unrecht liegt, sondern gleich überhäuft man uns mit Vorwürfen. Bis auf den heutigen Tag hat aber die Partei als Partei noch keinen Einfluß auf die Konsumvereine gehabt. Es ist behauptet worden, daß die Konsumvereine die Ziele der Arbeiterbewegung verflöchen. Das ist unrichtig. Schon Anfang der siebziger Jahre haben wir die erste Produktionsgenossenschaft, eine Spinn- und Webgenossenschaft nach Marxischem System, gegründet. Wir haben Wunden gehabt und manches Defizit in unserem Geldbeutel. Heutzutage, wo die Arbeiterbewegung sich so mächtig entwickelt hat, würden wir großen Vorteil davon haben. Was für ein gutes Kampfmittel ist nicht eine Produktivgenossenschaft. Als die ersten Wahlen in Grimnitzkau stattfanden und wir zwei Abgeordnete in den Reichstag schickten, gerieten die Unternehmer in solche Wut, daß sie 200 Arbeiter auf die Straße warfen. Mit Hilfe unserer Genossenschaft haben wir diese Arbeiter zehn Jahre lang als Arbeiter in unserem Betriebe ernähren können. Mit dieser Bewegung ist uns eine Waffe gegeben, die in unserem Emanzipationskampfe von größter Bedeutung ist. In allen Orten, wo kein unabhängiger Mann zu finden ist, da ist der Konsumvereinsleiter die geeignete Persönlichkeit zur Gründung einer Organisation. Die letzten Erfolge im zwangigsten Wahlkreise verdanken wir zum großen Teil den Konsumvereinsangestellten, an denen wir eine wichtige Stütze hatten, weil sie nicht gemahregelt werden konnten. Schon aus dieser politischen Erwägung heraus ist es ein bedeutender Vorteil, wenn wir solche Genossenschaften gründen. Welchen Nutzen gewähren sie nicht auch in wirtschaftlicher Beziehung. Bei den Streiks in Sachsen und anderswo sind unendlich viele Leute unterstützt worden durch die Konsumver-

eine. Sie wurden über Wasser gehalten monatelang, indem die Lebensmittel gestundet wurden und auch Geld gegeben wurde. Das sind unschätzbare Vorteile. Nun ist gesagt worden, die Genossenschaftsbewegung könne nicht viel leisten wegen der Abgrenzung durch das Genossenschaftsgesetz. Diese Kengstlichkeit teile ich nicht, denn innerhalb des Rahmens und der Grenzen, die das Gesetz zieht, ist ein weites Feld, um Vorteile für die Arbeiterbewegung zu schaffen, und zwar in erster Linie, indem die Vereine zur eigenen Produktion übergehen. Wir müssen uns den Konsumgenossenschaften anschließen. Sie sind eine Waffe im Kampf für die Erleichterung der Lage der Arbeiterklasse. Wenige Tatsachen genügen, um uns den Beweis zu erbringen, daß es heilige Pflicht der deutschen Arbeiterschaft ist, die Genossenschaften zu fördern. Ich begrüße es mit Freuden, daß durch die Resolution der Boden zu neuer Arbeit geschaffen wird. Auf diesem Wege müssen wir weiterstreiten. Nehmen Sie die Resolution einstimmig an. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Reißner (Schlußwort): Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß in einzelnen Genossenschaften, in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ und vor allem in der genossenschaftlichen Literatur eine sogenannte Ueberneutralität betätigt wird. Ich habe bereits in meinem Referat darauf hingewiesen und auch gesagt, daß ich nicht auf Einzelheiten eingehen wollte. Täte man das, so könnte man allerdings dafür ein außerordentlich umfangreiches Material beibringen. Aber ich betone wiederholt: die Verhandlungen auf dem Kopenhagener Kongreß und auf diesem Parteitage werden ganz gewiß ihre erzieherische Wirkung nicht verfehlen. Was das Genossenschaftsgesetz anbelangt, so bestehen in den Konsumvereinskreisen darüber, ob die heutige Gesetzesform geändert werden soll, wesentliche Meinungsverschiedenheiten. Nebenfalls werden unsere Vertreter im Reichstag und in den Landtagen mit aller Energie für gesetzliche Veränderungen eintreten, die eine größere Bewegungsfreiheit der Genossenschaften in sich schließen. Darauf näher einzugehen, ist heute nicht Zeit. Wenn weiter bemängelt worden ist, daß der zweite Absatz der Resolution nicht weitgehend oder spezialisiert genug sei, so verweise ich darauf, daß im dritten Absatz alles gesagt ist, was wir von den Konsumvereinen verlangen. Auf die einzelnen Anträge, die Sakzenstein gestellt hat, will ich nicht eingehen, möchte Sie aber bitten, sie alle abzulehnen, weil sie einmal weniger von Bedeutung sind und es sich dabei mehr oder weniger um Dinge handelt, die Sache der Genossenschaften sind. Wir haben keine Veranlassung, den Genossenschaften solche Vorschriften auf dem Parteitage zu machen. Was wir wünschen, ist in allgemeinen Gesichtspunkten in der Resolution ausgedrückt, die ich Sie unverändert anzunehmen bitte. (Bravo!)

Die Anträge Drucksache 108 werden abgelehnt. Die Resolution 82 wird angenommen. Resolution 89 ist zurückgezogen.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung:

#### Die Reichsversicherungsordnung.

Berichterstatter Mollenhuth: Parteigenossen! Da eine ganze Anzahl der Delegierten abgereist ist, so könnte man annehmen, daß einzelne sich zu der schnellen Abreise entschlossen haben, weil sie befürchtet haben, eine stundenlange Rede von mir anhören zu müssen. (Geisterleit.) Ich kann aber denen, die eine solche Furcht gehabt haben oder noch gegenwärtig in dieser Befürchtung leben, die Beruhigung geben, daß das eine Täuschung ist und daß ich mich im Gegenteil sehr kurz fassen werde. Ueber die Frage, um welche es sich hier handelt, ließe sich ja allerdings sehr viel sagen. Man könnte stundenlang über